

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 1 - 17. Januar 2012



BLOCK DRESDEN 2012

In den vergangenen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einher gehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am

13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu

spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffel-Staat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen „gläsernen Demonstranten“ zu schaffen. Wir treten dem entschieden entgegen. Dabei stehen wir zusammen gegen alle Versuche der Einschüchterung und der Beschneidung unserer Bürgerrechte.

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatelisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Einberufung Besondere Vertreterversammlung

Die Besondere Vertreterversammlung zur Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für DIE LINKE zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig 2013 wird für Freitag, den 9. März 2012 von 19:00 bis 21:00 Uhr einberufen. Die Versammlung findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Vorstellung der OBM-KandidatInnen
4. Wahl der OBM-Kandidatin/des OBM-Kandidaten
5. Schlusswort der OBM-Kandidatin/des OBM-Kandidaten

Einberufung der 1. Tagung des 3. Stadtparteitages

Die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE Leipzig wird für Samstag, den 24. März 2012 von 9:00 bis 18:00 Uhr einberufen. Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des 3. Stadtparteitages (Wahl der Kommissionen, Beschlüsse GO, WO, Tagesordnung, Zeitplan)
3. Referat des Vorsitzenden
4. Diskussion
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Wahlen:
 - a. Stadtvorstand

- b. Finanzrevisionskommission
- c. Schlichtungskommission

7. Jahresabschluss Finanzen 2011
8. Anträge
9. Schlusswort

Antragsschluss für Anträge an den Stadtparteitag ist Donnerstag, der 1. März 2012 - 12:00 Uhr. Nach diesem Datum können nur Initiativ- oder Dringlichkeitsanträge gestellt werden.

Materialien gesucht

Zur Gestaltung einer Erinnerungstafel für Ernst Thälmann, sucht die Geschichtswerkstatt Materialien von der Großkundgebung anlässlich des Pioniertreffens in Dresden am 23. August 1952, bei der die Namensgebung in Thälmann-Pioniere erfolgte. Wer helfen kann wendet sich bitte an die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus.

Wie viel braucht der Bürger?

Ein Diskussionsbeitrag zum Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Hartz IV, wonach DIE LINKE im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 eine Grundsicherung von 1.050 € fordern soll.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Hartz IV am 2./3. Dezember 2011 wurde beschlossen, eine inner- und außerparteiliche Diskussion zu führen mit dem Ziel, die Forderung nach (mindestens) 1.050 € Grundsicherung im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 festzuschreiben.

Bei der Abstimmung zum Antrag gab es auch Gegenstimmen, eine davon von mir. Die nachfolgenden Zeilen sollen einen kurzen Abriss darüber geben, warum ich dem Antrag meine Zustimmung verweigert habe, und warum ich mich in der Diskussion über diesen Beschluss der BAG Hartz IV eindeutig gegen diesen Antrag äußern werde. Weitere und ausführlichere Diskussionen dazu werden aber noch folgen müssen.

Warum gerade (mindestens) 1.050 €? Warum nicht einen beliebig anderen Betrag? Ganz einfach, die 1.050 € fußen auf einer - so die BAG H4 - umfangreichen „Studie“, die diesen Betrag als Empfehlung zur Höhe eines monatlichen Transfers des politischen Gemeinwesens an Individuen, der die Existenz und die Teil-

habe an der Gesellschaft im Sinne einer Mindestteilhabe sichern soll, festgestellt hat.

Erarbeitet wurde diese Studie von einer Arbeitsgruppe, die von der Mitgliederversammlung der BAG H4 im April 2011 beschlossen wurde. Bei Lichte betrachtet stammt aber diese „Studie“, zumindest in weiten und wichtigen Teilen, aus der Feder von Ronald Blaschke. So sprach er bei der Vorstellung der „Studie“ immer wieder von seiner „Studie“. Es wird sich noch an anderer Stelle mit dieser „Studie“ auseinandersetzen sein, denn dem Anspruch den die BAG H4 mit dieser Studie erhebt, die (mindestens) 1.050 € fußen auf fundierten Berechnungen, kann nicht unwidersprochen bleiben.

Wie viel braucht der Bürger? Eine Frage, die erst einmal jeder für sich individuell beantworten muss. Es ist vor allem - neben dem Einkommen - eine Frage der persönlichen Ansprüche, und die sind nun mal sehr individuell. Schwierig wird es, wenn das Gemeinwesen für die Menschen im Transferbezug diese Frage beantworten muss. Spätestens an diesem Punkt muss einem klar sein, dass diese Entscheidung des Gemeinwesens zwangsläufig eine politische Entscheidung ist.

Zwar kann man sowohl mit dem Warenkorbmodell als auch mit der Einkommens- und Verbrauchstichprobe zu Regelbedarfen (früher: Regelsätze) kommen, die ein

Existenz sichernden und Teilhabe ermöglichenden Regelbedarf einigermaßen realistisch abbilden. Die Frage ist, ob dies denn auch politisch gewollt ist?

Hat doch die Vergangenheit gezeigt, dass bei der Festsetzung der Regelbedarfe die Politik immer das letzte Wort hatte. Auch in der „Studie“ der BAG H4 kommt man zur Erkenntnis, dass die Festlegung der Höhe des Regelbedarfs eine politische Entscheidung ist, und nicht das Ergebnis objektiver Berechnungen. So liest man in der „Studie“ auf Seite 5 im Punkt 4. Der Aufzählung:

„Jede Ableitung der Höhe einer monetären Absicherung der Existenz und gesellschaftlicher (Mindest-) Teilhabe und die dazu gewählte Methode ist immer auch von politischen Interessen und Zielsetzungen geleitet und damit politisch normativ bestimmt.“

Dies gilt natürlich auch für die „Studie“ der BAG H4! In der weiteren Diskussion wird auch noch über die politischen Zielsetzung und Interessen der BAG H4, bzw. ihres SprecherInnenrates, zu sprechen sein die zu der Forderung nach (mindestens) 1.050 € Grundsicherung geführt haben.

Nach dieser kurzen Einführung in das Thema will ich nun die Argumente kurz vorstellen, aufgrund derer ich unter anderem gegen diesen Antrag bei der BDK der BAG H4 gestimmt habe. Für eine ausführlichere Diskussion wird bis zur

32.000 Vollzeitbeschäftigte sind „Aufstocker“ – arm trotz Arbeit sieben Jahre Hartz IV in Sachsen

Zu den Antworten der Staatsregierung auf eine Reihe von Kleinen Anfragen, erklärt der Fragesteller und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag Dr. Dietmar Pellmann: Hartz IV ist auch nach sieben Jahren kein Erfolgsmodell, wie Vertreter der sächsischen Staatsregierung und der sie tragenden schwarz-gelben Koalition immer wieder suggerieren. Trotz gegenwärtigem Wirtschaftsaufschwungs und offiziell sinkender Arbeitslosenzahlen ist die Hartz-IV-Bilanz ernüchternd. Das belegen letztlich die in den Antworten der Staatsregierung gelieferten Fakten:

- Die Zahl der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften verharrt nach wie vor auf hohem Niveau. Waren es im Januar 2005 etwas mehr als 274.000, so Ende 2010 immerhin noch fast 266.000. Lediglich

im Krisenjahr 2009 erreichte die Zahl fast 281.000.

- Die Zahl der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften ist zwar gegenüber 2005 zurück gegangen, lag aber Ende 2010 immer noch bei 459.000. Die Abnahme ist z. T. statistisch begründet, hat ihre Ursache aber auch im verstärkten Abgang in Altersrente oder in Jobs, die nicht Existenz sichernd sind.

- Ziemlich konstant geblieben ist die Zahl der Kinder in den Bedarfsgemeinschaften. Sie liegt nach wie vor bei über 100.000 und entspricht damit einem Anteil von mehr als einem Fünftel aller Hartz-IV-Betroffenen.

- Jede sechste Bedarfsgemeinschaft in Sachsen ist eine von Alleinerziehenden. Das hat sich gegenüber 2005 nicht geändert. Im ersten Halbjahr 2011 ist die

Zahl der von Hartz IV betroffenen Alleinerziehenden sogar auf über 41.000 angestiegen.

- Nach wie vor sehr hoch ist die Zahl der Aufstocker. Sie lag Ende 2010 bei mehr als 122.000. Das entsprach fast einem Drittel der erwerbsfähigen Bezieher von Alg II. Über 14.000 Aufstocker waren Selbstständige, mehr als 50.000 gingen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach, davon fast 32.000 sogar in Vollzeit. Diese Fakten sollten Aufforderung an die hiesige Staatsregierung sein, sich endlich mit eigenen Initiativen daran zu beteiligen, dass Langzeitarbeitslose eine Existenz sichernde Tätigkeit finden, anstatt die verheerenden Kürzungen von arbeitsmarktpolitischen Bundesmitteln sogar noch zu billigen.

Verabschiedung des Bundestagswahlprogramms für 2013 noch genügend Gelegenheit sein.

Ein paar Tage vor dem Termin der BDK veröffentlichte das Amt für Wahlen und Statistik den aktuellen Quartalsbericht für Leipzig. Darin war nachzulesen, dass das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen eines Ein-Personen-Haushaltes in Leipzig 992 € beträgt, die Leipziger Medien berichteten ausführlich darüber. Ich bin der Meinung, dass es politisch nicht vermittelbar ist bei einem monatlichen Durchschnittseinkommen des Single-Haushaltes von 992 € eine Grundsicherung von (mindestens) 1.050 € zu fordern, und dies gilt nicht nur für die Armutshauptstadt Deutschlands, und auch nicht nur für den Osten der Republik. Inzwischen ist die Ausweitung des Billiglohnssektors ein gesamtdeutsches Problem.

Die Höhe der Grundsicherung muss aber die nötige gesellschaftliche Akzeptanz erreichen, damit sie politisch durchsetzbar ist. Denn akzeptiert werden muss die Grundsicherung nicht nur von den Leistungsempfängern, sondern auch von den Menschen, die die für die Grundsicherung notwendigen finanziellen Mittel aufbringen müssen. Eine Grundsicherung, die aber höher liegt als das Einkommen aus Erwerbsarbeit einer großen Anzahl von Menschen, widerspricht dem grundlegenden Verständnis von Leistungsge-

rechtigkeit bei der Einkommensverteilung.

Mit der Forderung nach einer Grundsicherung von (mindestens) 1.500 € soll nach dem Willen der BAG H4 aber auch ein Paradigmenwechsel eingeläutet werden. Kämpft die Partei DIE LINKE doch seit der Einführung von H4 gegen eine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft. So hat die Bundestagsfraktion noch am 22. November 2011 einen entsprechenden Antrag ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht, durch den die Pauschalierung der Kosten der Unterkunft verboten werden soll (BT-Drucksache 17/7847). Nach dem Beschluss der BAG H4 zur Grundsicherung soll aber gerade diese Pauschalierung bei den Kosten der Unterkunft eingeführt werden.

So bliebe einem Hartz IV-Empfänger in München nach Abzug der derzeit vom Amt übernommenen Miete (449,21 € Kaltmiete plus ca. 120 € für NK und Heizung) von den (mindestens) 1.050 € Grundsicherung rund 480 € für den Lebensunterhalt. Einem Leipziger Hartz IV Empfänger bleiben von seiner Grundsicherung nach Abzug von Miete, NK und Heizung dagegen rund 755 € für den Lebensunterhalt. Schon allein dieses kleine Beispiel zeigt, warum DIE LINKE bisher vehement gegen die Pauschalierung, und für die regionale Staffelung der Kosten der Unterkunft eintritt.

Warum dann aber dieser Paradigmen-

wechsel? Betrachtet man den Verfasser dieser „Studie“ Ronald Blaschke, so kann man feststellen, dass er einer der Protagonisten für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland ist. Betrachtet man weiterhin den SprecherInnenrat der BAG H4, kann man feststellen dass er fast ausschließlich aus Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens besteht, so bin ich das einzige Mitglied in diesem Gremium, das sich gegen das bedingungslose Grundeinkommen positioniert.

Betrachtet man weiterhin diesen Beschluss nach einer Grundsicherung von (mindestens) 1.050 € in Verbindung mit einer anderen Forderung der BAG H4, nämlich der Forderung, dass eine Grundsicherung sanktions- und repressionsfrei sein soll, dann kommt diese Kombination von pauschaliert auszuzahlender, repressions- und sanktionsfreier Grundsicherung dem bedingungslosen Grundeinkommen doch schon recht nahe. Fehlt nur noch die Forderung nach der Abschaffung der Bedarfsprüfung.

Es ist also nicht so ganz von der Hand zu weisen, dass die Vermutung nahe liegt, diese Forderung nach einer Grundsicherung von (mindestens) 1.050 € diene hauptsächlich dazu, dem bedingungslosen Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE den Weg zu ebnet.

Naomi-Pia Witte

Schluss mit Geisterfahrten, Phantombuchungen und Kostenkarussell

Bundes- und Landtagsabgeordnete der Leipziger LINKEN fordern zweckdienlichen Mitteleinsatz für den Nahverkehr auf der Schiene.

Wer beim Lesen der LVZ vom 22. Dezember 2011 an den 1. April dachte, lag nicht ganz falsch. Der sächsische Nahverkehr auf der Schiene erinnerte ein weiteres Mal an üble Späße. Trotzdem, für misslungene Aprilscherze war es zu früh.

Der Wechsel zum neuen Jahresfahrplan lag noch keine zwei Wochen zurück, da kündigte der zuständige Zweckverband ZVNL an, eine der wichtigsten überregionalen Expressverbindungen - nach Hof - so schnell wie möglich abbestellen zu wollen.

Für uns und die gesamte LINKE der Messestadt ist dies das konzentrierte Eingeständnis der gescheiterten Schienennahverkehrspolitik des Freistaates Sachsen und ihres Protagonisten, Verkehrsminister Morlok (FDP). Es kann nicht sein, dass auf derjenigen sächsischen Eisenbahnstrecke, wo im Moment am meisten investiert wird, nämlich in die Elektrifizierung nach Hof, die Züge aus Leipzig abbestellt werden. Es hat auch keinen Zweck auf den Zweckverband zu zeigen. Der handelt nur wie ein Getriebener. Denn Sachsen bekommt ja - nicht zuletzt durch das beharrliche Drängen der Bundestagfraktion der LINKEN - vom Bund immer noch eine Summe mit der sich ein attraktiver Schienen-Personennahverkehr durchaus finanzieren ließe. Allerdings leitet das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Dresden die bereitgestellten Gelder nur zum Teil an die Adressaten vor Ort weiter. Die Begründung lautet, das Geld würde in

den City-Tunnel investiert. Damit nähert sich der Freistaat Sachsen endgültig jenem Punkt, vor dem DIE LINKE seit Jahren warnt, weil mit einer Milliarde Euro - hoffentlich - die Doppelröhre des City-Tunnels fertig wird, das Geld aber nicht ausreicht, um ein attraktives Zugangebot finanzieren zu können. Absurder geht's nimmer.

2011 war kein gutes Jahr für den sächsischen Schienen-Personennahverkehr. Willkürliche Kürzungen der Mittel gingen und gehen zu Lasten des Zugangebots und damit der Fahrgäste. Auch heute noch werden Stationsgebühren für die seit einem Dreivierteljahr eingestellte S 1 nach Grünau bezahlt, weil dort Jahresverträge gelten. In seiner Not bringt der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig nun ins Spiel, das gesamte Angebot der S-Bahnen und der regionalen Züge auf dem Leipziger Hauptbahnhof in den künftigen Tunnel zu verbannen, weil die drohenden Stationsgebühren für den offensichtlich teuersten deutschen Bahnhof nicht mehr bezahlt werden können. Die Alternative, auf Geldnachlässe zu hoffen, weil die Regionalzüge schließlich Kunden in die Promenaden-Läden zum Nutzen der DB-Tochter Station & Service bringen, ist an Hilflosigkeit nicht mehr zu überbieten.

DIE LINKE fordert: Es muss Schluss sein mit dem völlig intransparenten Kostenkarussell, bei dem der Staat Geld für die Bestellung von Zugleistungen gibt, die auf Trassen erbracht werden, die der Staat finanziert hat, um daraus Einkünfte zu generieren, die an die DB fließen, die zu 100 Prozent dem Staat gehört, während dieselbe DB von den öffentlichen Zweckverbänden Geld

für Stationsleistungen erhält, das der Staat ursprünglich den Zweckverbänden überwiesen hat. Versteht das noch jemand? Leidtragende sind immer die Fahrgäste, die auf einen modernen Nahverkehr angewiesen sind.

Mit den Geisterfahrten der sächsischen Verkehrspolitik muss Schluss sein. Denn wenn an irgendeiner Stelle zu wenig Geld durch das Netz, die Züge und die Verbände gedreht wird, werden kurzerhand die Verbindungen eingestellt. Das ist weder wirtschaftlich vernünftig noch ökologisch sinnvoll, von der überregionalen Schienen-Verknüpfung des Standortes Freistaat Sachsen ganz zu schweigen. Deshalb fordert DIE LINKE mit Nachdruck, den Hebel schleunigst dort umzulegen, wo Sachsen souverän agieren kann. Die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel müssen in voller Höhe an die Leistungserbringer überwiesen werden statt eine Spirale des Aushungerns anzuziehen, die nur Verlierer hinterlässt. In anderen Bundesländern freuen sich die Landesverkehrsminister über die Renaissance der Schiene auf intensiver genutzten und wiederbelebten Strecken, im Wirtschaftsland Sachsen wird das Angebot immer weiter ausgedünnt oder gar gestrichen.

Etwas Absurderes als den eigenen Mittelverzicht für Verkehrsleistungen kann es im Vorfeld der bundesweiten Neuverteilung der Regionalisierungsmittel ab 2014 nicht geben. Da kann sich ein Selbstmörder gleich auf die Schienen legen, am besten auf Sachsens Regionallinien; da kommt sowieso nur noch selten ein Zug vorbei.

Dr. Barbara Höll, MdB
Dr. Volker Külöw, MdL
Dr. Dietmar Pellmann, MdL

Neue Strukturen und Aufgaben für die AG Kunst & Kultur

Nach einigen Strukturänderungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kunst & Kultur, hat die AG ihre Arbeit wieder neu definiert. Zum neuen Sprecher der Arbeitsgemeinschaft wurde Julius Späte gewählt. Derzeitig widmet man sich verstärkt einer kultur- und kreativwirt-

schaftlichen Debatte, angelehnt an die Studie Medien- und Kreativstandort Leipzig sowie dem ersten Entwurf der neuen kulturpolitischen Leitlinien des Landesverbands. Aber der neue Jahresplan für 2012 verspricht noch weitere Überraschungen. Interessierte Genos-

sinnen und Genossen sind selbstverständlich herzlich eingeladen, sich der AG anzuschließen. Die Termine werden derzeit von Treffen zu Treffen vereinbart, aber man kann per Email über info@julius-spaete.de den nächsten Termin erfragen.

Man zitiert am Ende den Haifisch

... und der Haifisch weiß von nichts!

Was ist das für ein Staatschef, der immer wieder Unwahrheiten verkündet: Er sei nur ein Präsident, das Land gehöre ihm nicht... er habe nie befohlen, die Proteste brutal niederzuschlagen, es habe keinen Befehl gegeben, zu töten oder brutal zu sein... und keine Regierung der Welt töte die eigenen Leute, so lange sie nicht von einem Verrückten geführt werde und so weiter und so fort.

Herr Dr. Baschar Al Assad und seine Mitäter haben die Menschen von eh und je belogen und betrogen. Zunächst „schneiderte“ man die Verfassung des Landes so maßgerecht, dass der damals 34 jährige Sohn des „Königs der Republik“ Staatsoberhaupt wurde. Zunächst erweckte dieser Präsident den Eindruck, als ob er und sein Regime Reformen durchführen und demokratische Verhältnisse einführen wollten, und als sich das Volk nach 10 Jahren erhob und sich dem arabischen Frühling anschloss, unterdrücken die Machthaber von Damaskus die Erhebung mit allen Mitteln der Assad'schen „Demokratie“, weil es sich, wie sie der Welt weismachen wollen, um einen vom Ausland gesteuerten Aufruhr handele. Der lachende, angeblich ahnungslose Präsident geht in seiner Demagogie so weit, dass er auch Al Qaida als Initiator der Gewalt bemüht.

Er, der Oberkommandierende der syrischen Streitkräfte, behauptet, er habe keine Befehle erteilt, auf die eigene Bevölkerung zu schießen, obwohl hunderte von Involvierten bestätigen, dass die Befehle zur Unterdrückung der Erhebung seine Unterschrift tragen. In dem gleichen Atemzug zweifelt der Sohn des Mörders von zehntausenden Menschen in Hama die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen an. Unverschämter geht es nimmer!

Denn Fakt ist: Die Erhebung des syrischen Volkes, die am 15. März 2011 in Daraa, der südlichsten Bezirkshauptstadt des Landes, begann, geht unvermindert weiter und erfasst inzwischen nahezu das gesamte Land. Sie begann als ein friedlicher Aufstand - die Gewalt ging zunächst nur von bewaffneten Formationen des Regimes aus, unterstützt von Killern aus dem Iran und Scharfschützen der Hesbolla. In den letzten Monaten desertierten Tausende Soldaten und Of-

fiziere, vor die Wahl gestellt, auf wehrlose Menschen zu schießen oder, bei Befehlsverweigerung, selbst erschossen zu werden. Doch immer mehr Angehörige von Armee, Polizei und Sicherheitskräfte suchen einen dritten Weg: sie desertieren und schließen sich der im Inland operierenden „Freien Syrischen Armee“ an mit dem Ziel, die Demonstranten zu schützen und nach dem Gewissen zu handeln.

Inzwischen sind - es gibt noch keine genauen Zahlen - mehr als 4.000 Menschen im Kugelhagel der Mörder im Auftrag Assads gefallen. Auch Frauen und Kinder sind unter den Toten. Unzählige Menschen sind durch Misshandlungen einen grausamen Tod gestorben. Wer bei einer Demonstration verletzt wird, hat keine Chance in öffentlichen Krankenhäusern behandelt zu werden. Anhänger des Regimes, Sicherheitskräfte und auch Mörder in weißen Kitteln lauern die ahnungslosen Verwundeten auf und geben ihnen den Rest. Es gibt kaum eine Gelegenheit für ausländische und einheimische unabhängige Journalisten, frei zu recherchieren und sachlich Bericht zu erstatten. Die zivile Bevölkerung in Syrien befindet sich in einer katastrophalen Lage. Sie leidet unter Kälte, Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten. Die Machthaber in Syrien verhängen eine kollektive Bestrafung gegen die aufmüpfige Bevölkerung, schalten Strom, Wasser, und Telefonverbindungen ab, riegeln Ortschaften ab, durchkämmen die Häuser, verhaften, foltern, vergewaltigen und plündern. Den Flüchtlingen, die in die Türkei und andere Nachbarländer flohen, geht es nicht viel besser.

Die Situation ist unbeschreiblich, und man kann sie kaum auf einigen Zeilen und Seiten erfassen.

Doch eines ist notwendig herauszustellen: Das syrische Volk braucht unsere Solidarität mehr denn je!

Ich halte es keineswegs für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, wenn wir uns mit der nach Freiheit strebenden und durch das Assad-Regime unterdrückten und erniedrigten Bevölkerung solidarisieren. Wenn die brutale Niederschlagung der Erhebung so weitergeführt wird und die Machthaber von Damaskus dabei weiterhin Unterstützung von Staaten wie Russ-

land, China und sogar von Staaten, die dem linken Spektrum zugerechnet werden, wie Kuba, Bolivien, Venezuela und anderen erfahren, läuft das Land Gefahr, dass sich der Konflikt internationalisiert. Es gilt, alles dafür zu tun, dass dieses menschenfeindliche Regime isoliert wird, und eine „libysche Lösung“ oder einen Bürgerkrieg zu verhindern, denn dann ist der Frieden in der gesamten Region bedroht.

Die hierzulande oft gestellte Frage nach dem Wie-weiter und die Angst vor Islamisten ist keinesfalls hilfreich und impliziert - sicherlich ungewollt - Konturen von Besserwisseri.

Meiner Meinung nach unterliegen auch die arabischen Länder den Gesetzen der Entwicklung. Auf alle Fälle ist es ein Fortschritt, dass die Menschen in den arabischen Ländern sich gegen die Diktaturen erheben. Totalitäre Regime, die mehr als vierzig Jahren die eigene Bevölkerung mit Blut und Feuer niederhielten, abzuschütteln ist ein Schritt nach vorn, selbst wenn zunächst islamistisch geprägte Parteien die Wahlen gewinnen. Die Menschen, die Diktatoren wie Ben Ali oder Mubarak zu Fall brachten, sind auch in der Lage, ihre Erfahrung mit der Demokratie durchzumachen und einer besseren Welt anzustreben, auch wenn das im Moment als Rückschritt erscheint.

Die Ereignisse in meinem Heimatland sind sehr dramatisch und brauchen ein gemeinsames Handeln der demokratischen Kräfte des syrischen Volkes aber auch die Unterstützung aller humanistisch gesinnten Menschen in Deutschland und der ganzen Welt. Es ist als ein sehr positives Zeichen zu werten, dass die oppositionellen Kräfte jetzt miteinander über eine Aktionseinheit zum Sturz des Regimes von Baschar Al Assad beraten.

Lieber Leser, liebe Mitstreiter, die ich seit Langem kenne und mit denen ich herzlich verbunden bin!

Unterstützen Sie den Kampf des syrischen Volkes, unterstützen Sie die bevorstehenden Aktionen!

Wir planen demnächst einige Demonstrationen und Aktionen, wie Solizelt, Podiumsaktionen und Sammeln von Spenden und Hilfsmitteln.

Zusammenstehen macht stark!

Hassan Zeinel-Abidine

Keine Privatisierung öffentlicher Räume im Stadtzentrum - Linksfraktion lehnt Verpachtung einer Teilfläche im Salzgässchen ab

Als vorgezogenen schlechten Aprilscherz lehnt die Linksfraktion das Ansinnen des Oberbürgermeisters für eine angestrebte Entwidmung und Privatisierung einer Teilfläche der Fußgängerzone Salzgässchen ab. Die Steigenberger-Hotelgruppe begehrt den Abschluss eines langfristigen Pachtvertrages für eine Zufahrt und Parkplatz für VIP-Karossen vor dem Fünfsternehotel „Handelshof“. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, diese Vorlage unverzüglich zurückzuziehen.

Die Fraktionsmitglieder im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau fühlen sich durch die Stadtverwaltung hintergangen, als diese im Fachausschuss darum bat, einer Fahrbahntrasse zur direkten Anfahrt zum Gastronomiebereich am Naschmarkt zwecks Anlieferung zuzustimmen. Nur als Verhöhnung kann deshalb die Formulierung in der Vorlage zur Umnutzung der Fußgängerfläche aufgefasst werden: „Durch die Umgestaltung

erfolgte eine eindeutige Abgrenzung des Fußgänger- und Anliegerverkehrs. Die Verkehrssicherheit für die Fußgänger und Kinder hat sich erhöht.“

Während in Straßen des Stadtzentrums zunehmend Autofahrer durch Entwidmung von Parkstellflächen gemobbt werden, sollen mitten in einer seit Jahrzehnten bestehenden Fußgängerzone, die auch durch Märkte genutzt wird, private Stellflächen für Betuchte eingerichtet werden. Mit gleichem Recht können auch benachbarte Gebäudeeigentümer solche Zufahrten und Stellflächen begehren. Die Hotelgruppe musste und konnte beim Kauf wissen, dass das Salzgässchen Fußgängerzone ist und eine straßenseitige Anbindung nur an der Reichsstraße besteht, nach der auch der Haupteingang hätte ausgerichtet werden können. Wenn auch nur mit begrenzter Fläche, kann der Innenhof zum Parken der Hotel-Kfz genutzt werden. Der Nutzungskonflikt

offenbart die Fragwürdigkeit der Ablehnung eines Antrags der Linksfraktion, nicht das Bildermuseum im Interimssstandort zu belassen, sondern den Handelshof für das Stadtgeschichtliche und Naturkundemuseum zu nutzen und zu einem Regionalmuseum zu entwickeln. Der Sprecher für Stadtentwicklung der Linksfraktion, Siegfried Schlegel, fordert die Stadtspitze auf, die kommenden Feiertage zur Besinnung zu nutzen und sich darüber Gedanken zu machen, wie die Innenstadt und ihre Freiräume noch attraktiver gestaltet werden können. In Leipzigs Stadtzentrum wird nicht nur tagsüber gelebt, auch in den Abend- und Nachtstunden besuchen neben den Leipzigern zahllose in- und ausländische Gäste ohne Ansehen und Größe des Geldbeutels die Innenstadt. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung

Bekennnis gegen Thälmann – gerade jetzt?

In seiner Sitzung am 14. Dezember 2011 folgte der Stadtrat mehrheitlich einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und beschloss die Rückbenennung des Ernst-Thälmann-Platzes in Volkmarisdorfer Markt. Damit unterläuft er den Konsens früherer Jahre, Straßennamen historischer Persönlichkeiten nur dann zu ändern, wenn dies neue historische Erkenntnisse geraten sein lassen. Und neu war an den Argumenten, die Herr Sasama anführte, nichts. Das betonte auch

der Fraktionsvorsitzende der SPD. Dem 1944 ermordeten Ernst Thälmann seine Glorifizierung in der DDR vorzuhalten, ist unsinnig. Völlig einseitig ist auch die Behauptung, er sei – wenn auch indirekt – am Aufkommen des Hitlerfaschismus schuld. Ernst Thälmann war kein Heiliger. Er hat gekämpft, geirrt, sich korrigiert und ist durch die Nazis grausam umgebracht worden. Er verdient es, wie auch andere Widerstandskämpfer, dafür von uns ge-

achtet zu werden. Der Ersatz des Straßennamens durch eine Gedenktafel ist eine Herabstufung und damit eine Herabwürdigung seines Andenkens. Die Aberkennung ist ein fatales Zeichen, gerade in der heutigen Zeit. Dass auch der Oberbürgermeister gegen Thälmann stimmte, ist dabei höchst bedenklich.

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Capa-Haus muss unbedingt erhalten bleiben

Die Linksfraktion geht davon aus, dass die Verwaltung die laufenden Gespräche mit der Bank bzw. mit dem Investor zur Rettung des Gebäudekomplexes Jahnallee 61 und Luppenstraße 26/28 nach dem Dachstuhlbrand intensiviert.

Neben Notsicherungsmaßnahmen durch provisorische Abdeckung des Dachstuhls gegen Regenwasser sollte eine Dachsanierung eventuell durch kurzfristige Bereitstellung eines Zuschuss aus dem städtischen Gebäudesicherungsprogramm geprüft werden. Da das Gebäude im Rahmen eines Verkaufspaketes mit einem symbolischen Einstiegspreis versteigert werden soll, ist denkbar, dass

der zukünftige Investor diesen Zuschuss zurück zahlt. Ein Aufhalten des Gebäudeverfalls wäre in seinem Sinne. Auch wenn möglicherweise zeitnah ein Investor gefunden wird, so werden sich, selbst bei gutem Willen, der Verkauf und der Eigentumsübergang mit Grundbucheintragung noch über Monate hinziehen.

Die Notwendigkeit zur Rettung des Hauses Jahnallee 61, das als Capa-Haus nach dem amerikanischen Fotografen Robert Capa bekannt wurde, sowie der beiden Nachbargebäude gibt sich sowohl aus der geschichtlichen, als auch aus der städtebaulichen Bedeutung. Bei der Befreiung Leipzigs ist Raymond J. Bowman

als letzter amerikanischer Soldat durch Heckenschützen zu Tode gekommenen. An der Kreuzung Jahnallee, Lützner Straße und Erich-Köhn-Straße markiert das mehrgeschossige Eckgebäude, das den Palmengartenpark und die Bauten des Straßenbahnhofs Angerbrücke überragt, von der Innenstadt her den Eingang in den Stadtteil Lindenau. Das Fehlen eines solchen markanten Gebäudes ist am Connewitzer Kreuz (Ecke Bornaische Straße/ Biedermannstraße mit der Wolfgang-Heinze-Straße) für jedermann sichtbar.

Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 18. Januar 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Zu Problemen der Energiepolitik – Atomausstieg und nun?“ Diskussionspartnerin: Genn. Dr. Monika Runge, MdL energie- und verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

Do., 19. Januar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 2. Februar 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Vorstellung einer OBM-Kandidatin mit Dr. Barbara Höll, LHL.

Do., 2. Februar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 6. Februar 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 8. Februar 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken, Bürgerbüro Coppistraße 63.

Mo., 13. Februar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

Di., 14. Februar 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külow und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Str. 122.

Mi., 15. Februar 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Aktuelles zur extremen Rechten in Sachsen“. Diskussionspartnerin:

Genn. Kerstin Köditz, MdL, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

Do., 16. Februar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 27. Februar 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 29. Februar 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.



SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung
(Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)

Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)

Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

Arbeitsplan des Stadtvorstandes Januar bis März 2012

10. Januar 2012:

- SV im Dialog mit der AG Soziale Politik
- Diskussion zum Rechenschaftsbericht
- Stand Vorbereitung Liebnecht-Luxemburg-Ehrung
- Beschluss der Dokumente für die Besondere Vertreterversammlung zur OBM-Wahl
- Diskussion Antrag SPT zur Barrierefreiheit LHL

14. Februar 2012:

- SV im Dialog mit der AG Linke Unternehmer
- Beschluss des Rechenschaftsberichtes
- Abrechnung Jahresabschluss Finanzen

2011

- Beschluss der Dokumente für die 1. Tagung des 3. Stadtparteitages
- Evaluierung mittelfristige Finanzplanung
- Einberufung Gesamtmitgliederversammlung Senioren
- Diskussion und Beschlussfassung zum Kommunikationskonzept

13. März 2012:

- SV im Dialog mit AG Betrieb und Gewerkschaft
- Vorbereitung Beratung mit den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten
- Vorbereitung 1. und 8. Mai
- Diskussion zum Entwurf der Ordnungs- und Sicherheitspolitischen Leitlinien

weitere Termine

- 27. Januar 2012: Tag der Opfer des Nationalsozialismus
- 8. März 2012: Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag
- 9. März 2012: Besondere Vertreterversammlung zur OBM-Wahl
- 16. März 2012: Veranstaltung zur Buchmesse mit dem Eulenspiegelverlag zur Autobiografie von Fidel Castro
- 24. März 2012: 1. Tagung des 3. Stadtparteitages
- 1. Mai 2012: Maifeierlichkeiten
- 8. Mai 2012: Tag der Befreiung
- 1. Juni 2012: Internationaler Kindertag
- Juni 2012: Landesseniorenkonferenz

Arbeitsplan der AG Senioren im Stadtverband

DIE LINKE. Leipzig für das 1. Halbjahr 2012

5. Januar 2012: Eine Kandidatin für die OBM-Wahl stellt sich vor – Dr. Ilse Lauter, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat

2. Februar 2012: Eine Kandidatin für die OBM-Wahl stellt sich vor – Dr. Barbara Höll, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

1. März 2012: Der Internationale Frauentag mit Gästen

5. April 2012: Der Altenbericht der Bundesregierung 2011, Chancen und Perspektiven der Rentenentwicklung mit Herbert Löser

3. Mai 2012: Film über den Ehrenvorsitzenden Dr. Hans Modrow

7. Juni 2012: Wie gehen wir selbst mit den uns verbliebenen Ressourcen um? Diskussion mit jungen GenossInnen, Einführung Udo Schwarz.

Reform der Arbeitslosenförderung hat drastische Auswirkungen auf Leipzig

„Das von CDU/CSU und FDP verabschiedete „Instrumentenreformgesetz“ wird die Lage der Langzeitarbeitslosen verschlimmern statt verbessern. Auch wird Leipzigs Vereinsleben darunter wieder einmal zu leiden haben, wie es der offene Brief der Leipziger Bürger- und Heimatvereine zeigt“, so die Bundestagsabgeordnete Dr. Barbara Höll zum Instrumentenreformgesetz der Bundesregierung. Höll weiter:

„Diese Reform ist nicht zielgenau auf die tatsächlichen Probleme ausgerichtet. Sie ist lediglich die Umsetzung bereits im Vorfeld gefasster Kürzungsbeschlüsse und raubt Langzeitarbeitslosen die letzte Hoffnung auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Neben den Arbeitslosen werden aber auch andere die Kürzungsorgie zu spüren bekommen. Auch in Leipzig werden die Einschnitte deutlich zu spüren sein, denn viele Leipziger Ver-

eine werden Schwierigkeiten haben ihr Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten.

In vielen Vereinen wird ein großer Teil der Arbeit durch Arbeitsmaßnahmen abgedeckt. Dies ist durch die Streichung von Arbeitsmaßnahmen durch das Instrumentengesetz nicht mehr in ausreichendem Maße möglich.

Außerdem werden die finanziellen Mittel für die Arbeitsmarktförderung auch in 2012 drastisch gekürzt. Waren es 2010 noch gut 100 Millionen Euro, die dem Jobcenter Leipzig für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung standen, wurden diese Mittel 2011 auf rund 67 Millionen gekürzt. Für 2012 sollen dem Jobcenter dann vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales nur noch rund 55 Millionen für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Barbara Höll

Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:
Hartz IV
Notruftelefon
01578 – 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 2/2012 ist Donnerstag, 9. Februar 2012. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnnerhaltende Kürzungen vor.